Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Gr. von auswärts 12 Gr., Reklamezeile 40 Groschen. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 14 | **Mittwoch, den 1. Februar 1928** | **77. Jahrgang**

Stresemann über die deutsche Außenpolitik

Deutschland wünscht eine Verständigung mit Polen — Gegen die Forderungen des Landbundes — Ohne Rheinlandräumung kein dauernder Friede

Berlin. Im Reichstage sprach Montag bei der Beratung des Haushaltes für das Auswärtige Amt Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die aktuellen außenpolitischen Fragen. Die Hauptfrage sei gegenwärtig die Denkschrift, die die Reichsregierung dem z. Zt. in Prag tagenden Sicherheitskomitee des Völkerbundes zugeleitet hat. Auf Grund der im September v. Js. vom Völkerbund gefaßten Entschließung müsse man erwarten, daß es auf der Märztagung der Abrüstungskommission gelinge, die technischen Vorarbeiten zum Abschluß zu bringen, um damit die

Einberufung der ersten Abrüstungskonferenz

zu ermöglichen. Deutschland habe in Genf seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit zu erkennen gegeben. Die Denkschrift der Reichsregierung erbringen den Beweis, daß es ihr mit dieser Zusicherung ernst ist. Immer wieder müsse man aber betonen, daß kein Staat mehr oder auch nur ebensoviel zur Lösung der Sicherheitsfrage beigetragen hat wie Deutschland. Der Minister weist darauf hin, daß Deutschland

ein lückenloses Netz von Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen

geschaffen habe. Eine reale Garantie für die Beseitigung des Krieges könne nur dadurch geschaffen werden, daß für alle Differenzen ein Verfahren wirklichen Ausgleiches gefunden wird. Unmöglich sei es, die Sicherheit einzelner Staatengruppen auf Kosten anderer Staatengruppen zu begründen. Vom Reichsaußenministerium seien die diplomatischen Verhandlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Es sei zu begrüßen, daß die Vereinigten Staaten damit ihr aktives Interesse auf dem Gebiete der Friedenssicherung gezeigt hätten.

Die Außenhandelspolitik habe nach der Beseitigung der einseitigen Meistbegünstigung eine für Deutschland befriedigende Entwicklung genommen. Von besonderer Bedeutung sei

der Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich,

Japan und Jugoslawien. Der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag ist der erste, den Deutschland überhaupt jemals mit Frankreich abgeschlossen hat. Daraus ergaben sich besondere Schwierigkeiten. Die Tatsache, daß die Weltwirtschaftskonferenz Richtlinien für eine freiere Gestaltung des internationalen Handels aufgestellt und den Regierungen empfohlen hat, hat unverkennbar dazu beigetragen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Auch aus allgemein politischen Gründen sei es besonders zu begrüßen, daß durch den Abschluß dieses Handelsvertrages ein wichtiges Gebiet der deutsch-französischen Auseinandersetzungen bereinigt worden und aus der deutsch-französischen Diskussion ausgeschieden ist. Dr. Stresemann betonte, daß jetzt an die Regelung unserer

Wirtschaftsbeziehungen zum Osten herangegangen werden müsse.

Wir stünden gegenwärtig in Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, Polen, Litauen und Griechenland. Die letzten ständen unmittelbar vor dem Abschluß. Neue Verhandlungen ständen bevor mit Oesterreich und Ungarn. Mit Rußland ständen wir vor neuen Besprechungen. Es liege auf der Hand, daß bei diesem ersten Versuch eines Ausgleiches zwischen zwei verschiedenen Wirtschaftssystemen eine

endgültige Lösung nicht sofort erreicht werden konnte.

Die bevorstehenden Besprechungen hätten das Ziel, die Lücken und Mängel, die sich bei der Handhabung des deutsch-russischen Handelsvertrages in der Zwischenzeit ergeben hätten, zu beseitigen. Deutschland habe

klar und zielbewußt an den internationalen Werk

eines Ausgleiches der wirtschaftlichen Gegensätze mitgearbeitet. Die deutsche Regierung sieht darin einen Teil ihrer Friedenspolitik. Wir werden diese Politik auch weiterhin verfolgen und uns daher auch weiter aktiv an den Arbeiten beteiligen, die der Völkerbund auf wirtschaftlichem Gebiet in Angriff genommen hat. Deutschland hat als erstes Land das internationale Abkommen, über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote unterzeichnet. Der Redner begrüßt es, daß der Völkerbund seine Initiative neuerdings besonders den wirtschaftlichen Weltproblemen zuwendet. Hier sei ein weites und dankbares Feld für die Verwirklichung seiner Ideale des Friedens, der Völkerversöhnung und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschheit.

Der Minister bespricht dann die deutsch-litauischen Beziehungen und hebt hervor, daß die Besprechungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten eine weitgehende Uebereinstimmung gebracht hätten. Der Minister verweist auf den Abschluß des Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages mit Litauen. Außerdem sei eine Reihe kleinerer Verträge geschlossen worden. Auch in der Memelfrage sei ein Einverständnis erzielt. Insbesondere sei in Fragen der Niederlassung, des Aufenthaltes und der Ausweisungen vorläufig eine befriedigende Lösung gefunden worden.

Der Minister geht dann zu

den deutsch-polnischen Beziehungen

über und erklärt, die Nervosität und das Mißtrauen einiger polnischer Zeitungen gegen die in Berlin gepflogenen Verhandlungen sei nicht berechtigt. Deutschland habe alles getan, um auf

Beseitigung der Spannungen

zwischen Deutschland und Polen hinzuwirken. Die bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen bereits getroffenen Vereinbarungen hätten die einmütige Billigung des Kabinetts. Der Minister betont, er müsse es zurückweisen, wenn vom Pommerschen Landbund gesagt werde, daß die Hemmungen gegen den Schutz der Landwirtschaft vom Auswärtigen Amt ausgehen. Es sei außerordentlich bedauerlich, wenn der Landbund weiter in einer Entschließung sage, er werde nicht dulden, daß überhaupt ein Handelsvertrag mit Polen zustande kommt.

Ein

Handelsvertrag sei nicht ein Geschenk,

das ein Staat dem anderen gibt. Die deutsche Wirtschaft habe ein starkes Interesse daran, den polnischen Markt nicht durch einen dauernden Zollkrieg zu verlieren. Ein gleiches Interesse bestehe in Polen. Der Minister stellt fest, daß einmütig von allen in der Regierung vertretenen Parteien zum Ausdruck gebracht worden sei, daß die Reichsregierung bei den Verhandlungen durchaus positiv eingestellt war. Der Minister fragt, in welche Situation der deutsche Vertreter in Warschau kommen müsse, wenn die Verhandlungen ein derartiges Echo in Deutschland fänden.

Weiter kommt der Minister auf die deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen. Nach dem Abschluß des Handelsvertrages handele es sich darum, auf dem Gebiete der Politik

eine gleiche Verständigung zu finden.

Ein Hemmnis sei die Fortdauer der Besatzung. Wenn die Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland trotz der Fortdauer der Rheinlandsbesetzung keine direkte Störung erfahren habe, so

zeuge das für den guten Willen des deutschen Volkes.

Darüber müsse man sich auch in Frankreich klar sein. Es sei richtig, daß die Rheinlandräumung in Locarno nicht ausgesprochen wurde. Es sei daher auch nicht richtig, daß

die Locarnomächte Deutschland ihr Wort gebrochen hätten.

Locarno, so erklärt der Redner, sollte aber nicht das Ende, sondern der Anfang einer neuen Politik sein. Nichts kann die Sicherheit Frankreichs stärker garantieren, als der Locarnovertrag. Wer noch mehr Sicherheit will, setzt Zweifel in den geschlossenen Vertrag. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir nicht das Vertrauen haben, daß solche Verträge gehalten werden, dann hat es gar keinen Zweck sie zu schließen.

Die Maschinengewehre und Kanonen ständen noch heute im Rheinland gegenüber einer Macht, mit der man friedliche Verträge abgeschlossen habe. Er denke bei der

Forderung der Räumung des Rheinlandes

nicht daran, daß das Rheinland die Schwierigkeiten der Besetzung nicht länger tragen wolle. Wir wissen, so betont der Minister, daß es diese eher bis zum Tode tragen wird, als ihre Beseitigung mit der Freigabe weiterer Rechte Deutschlands erkaufen zu wollen. Wir fordern die **Räumung des Rheinlandes als eine unabweisliche Folge der abgeschlossenen Verträge.** Vor wenigen Wochen hat erst Exzellenz Wallraf die Frage aufgeworfen, ob nicht Frankreich und Deutschland sich verständigen können, um dadurch die Friedenssicherheit nicht nur für Deutschland und Frankreich, sondern für ganz Europa zu heben. Wir können, so schloß der Minister, nicht die Auffassung aufkommen lassen, daß Deutschland die vorzeitige Räumung des Rheinlandes mit Maßnahmen erkaufen will, die nicht dem Frieden dienen, sondern eine wirksame Forderung der Kriegspolitik bedeuten würden. (Lebhafter Beifall.)

Die Deutschen in Estland und ihre Kulturautonomie

Von Paul Dobbermann.

Die Deutschen in Estland sind gering an Zahl. Im Baltikum sind nie mehr als 5 Prozent Deutsche unter der Gesamtbevölkerung gewesen. Heute wohnen in Estland 2 Prozent Deutsche, dabei kommt auf das flache Land noch nicht 1 Prozent. Aber, wie oft im Leben, macht es nicht die Quantität, sondern die Qualität. Das kleine Häufein Deutsche hat sich die Jahrhunderte hindurch nicht bloß behauptet, sondern sich auch eine führende Rolle zueignen können. Während der ganzen russischen Zeit hat das baltische Deutschtum dem Zarenhofe wichtige und entscheidende Dienste geleistet. Erst im letzten Jahrzehnt setzte auch hier, wie in ganz Rußland, infolge der Russifizierungsbestrebungen ein gewisser Druck ein. Nach der russischen Revolution wurden unter dem kurzen, liberalen Regime Kerenskis im Baltikum überall örtliche Selbstverwaltungsorgane gebidet, in denen die Deutschen infolge ihrer starken Organisationsgabe führende Rollen spielten. Diese örtlichen Selbstverwaltungsorgane wurden später gewissermaßen die Urzellen für die Kulturautonomie der deutschen Minderheit, von der nachher gesprochen werden soll.

Es ist die kulturelle Kraft der estländischen Deutschen umsomehr zu bewundern, als es ihnen wirtschaftlich bedeutend schlechter geht als beispielsweise der deutschen Minderheit in Polen, schlechter als überhaupt irgend einer anderen deutschen Minorität. Durch das Agrargesetz ist der Großgrundbesitz restlos enteignet worden. Da der Großgrundbesitz zu $^{9}/_{10}$ in deutscher Hand lag, so bedeutet die Auswirkung dieses Gesetzes eine vollständige Auspowerung der Deutschen. Deutsche Bauern gab es überhaupt nicht, mit Ausnahme einer einzigen Kolonie von 250 Seelen. Die enteigneten Großagrarier füllen jetzt zum Teil die Städte oder sitzen auf ihren kleinen Restschollen. Das andere Gesetz, das 1919 in Kraft trat, enteignete das Eigentum der Stände, Zünfte, Gilden, Ritterschaften. Da diese Einrichtungen eigentlich auch nur bei den Deutschen bestanden, so richteten sich die Auswirkungen dieses Gesetzes eben auch nur wieder gegen die Deutschen. Wie durch das Agrargesetz das ländliche, so wurde durch dieses Gesetz das städtische Deutschtum schwer getroffen.

Wenn die Esten den Deutschen trotzdem in kultureller Beziehung in so weitgehendem Maße entgegenkamen, so liegt das **nach den Ausführungen, die dieser Tage ein estländischer Deutscher** in Bromberg in einem Vortrag in der Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft hielt, daran, daß die Esten mit den Deutschen gemeinsam gegen die Kulturlosigkeit des bolschewistischen Ostens stehen wollen, weil der estnische Volkscharakter dem deutschen ähnlich ist. „Die Esten sind langsam, bedachtsam und trotz aller Zähigkeit nicht nachtragend.“ Zudem haben Esten und Deutsche während der russizierenden Jahrzehnte gleicherweise unter völliger kultureller Entrechtung gelitten. Bis 1905 waren alle muttersprachlichen Schulen verboten, so daß also Esten und Deutsche nur russischen Unterricht genossen. Die Erhaltung ihrer Eigenkultur mußten beide Nationalitäten gleicherweise unter schweren Hindernissen durch Selbsthilfe durchsetzen. Trotz dieser vielen Berührungspunkte fand das deutsche Projekt einer Kulturautonomie zuerst recht viel Widerstand. Insbesondere war es Toeneson mit seinem Anhang, der sich widersetzte. Nachdem diese Partei ihre Stellungnahme im Dezember 1924 plötzlich völlig gewechselt hatte, kamen die Verhandlungen Ende 1924 und Anfang 1925 in günstigen Fluß, so daß das Kulturautonomiegesetz mit allen gegen eine sozialistische Stimme angenommen wurde. Vier Jahre hatte der Kampf gedauert, an dem sich auch die schwedische, die estische und jüdische Minderheit beteiligt hatten. Das Gesetz trägt das Datum vom 5. Februar 1925.

Das estnische Staatsgrundgesetz hat, wie die alle neugebackenen Versailler Staaten, minderheitenschützende Bestimmungen; denn diese Bestimmungen waren gewissermaßen eine von den Versailler Staatsschöpfern geforderte Voraussetzung. Im estnischen Staatsgrundgesetz heißt es: „Jeder estnische Staatsangehörige ist frei in der Bestimmung seiner Nationalität. Den Volksminderheiten wird der muttersprachliche Unterricht garantiert. Die Angehörigen der innerhalb der estnischen Grenzen wohnenden Minderheiten können diesbezügliche Institutionen ins Leben rufen.“ Wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit des Artikels 110 der polnischen Verfassung vom 17. März 1921.

Bis zur Verwirklichung der Kulturautonomie sind die deutschen Belange in der Hauptsache durch 3 Institutionen vertreten worden: die politischen durch die deutsch-baltische Partei, die kulturellen, insbesondere die schulischen, durch die „Deutsche Schulhilfe“, die sozialfürsorglichen durch einen „Verband aller deutschen Vereine.“ Diese Institutionen hatten aber — wie bei uns die ähnlichen — nur privatrechtlichen Charakter, aber keine öffentlichen Befugnisse. Erst in der Kulturautonomie, in die diese Institutionen, außer der politischen, gewissermaßen als Sektionen aufgenommen wurden, erhielt die deutsche Vertretung

exekutive Gewalt, bei deren Ausführung die staatlichen Polizei- und Verwaltungsorgane mithelfen müssen, z. B. bei dem Eintreiben der kulturautonomischen Steuern. Im übrigen ist die Kulturautonomie, wie schon der Name sagt, völlig unpolitisch.

Die Kulturautonomie konnte, wie gesagt, auf dem Muster der völlig durchgeführten Kerenskischen Selbstverwaltung, die bis ins kleinste Dorf reichte, aufgebaut werden. Das Dorf, der Kreis, der Bezirk hatte Selbstverwaltungsorgane, die nicht etwa wie unsere Ortsschulräte, und Bezirksschule bloß mehr oder weniger dekorativen Charakter hatten, sondern staatsrechtliche Institutionen waren, denen das Recht zustand, die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, also Exekutivgewalt auszuüben. In Estland war man also an eine weitgehende Selbstverwaltung gewöhnt und es konnte deswegen nur darauf ankommen, diese Selbstverwaltung in kulturellen Dingen national zu trennen.

Nachdem das Gesetz am 25. März angenommen worden war, wandten sich die Führer an die Staatsregierung mit der Bitte, die Kulturautonomie verwirklichen zu dürfen. Es wurde eine dreigliedrige Kommission gebildet. Diese dreigliedrige Kommission leistete alle Vorarbeiten und zwar bestand die erste Vorarbeit darin, die Wählerliste der Deutschen zusammenzustellen. Es wurde ein Register zusammen gestellt, ein Verzeichnis aller estländischen Staatsbürger deutscher Nationalität. Die staatlichen Organe leisteten dabei Hilfe. (Bei uns wurde diese wichtige Vorabeit ohne Hilfe des Staates unter Arretierung und gerichtlicher Verurteilung auch schon geleistet.) Bei der ersten Zusammenstellung des Katasters wurden etwa 13 000 wahlberechtigte deutsche Staatsbürger in dieses Register eingetragen. Zwei Monate lang lag dieses Register in den örtlichen Selbstverwaltungen aus. Während dieser Zeit konnte nun jeder dagegen Einspruch erheben. Entweder dagegen, daß sein Name in dieser Liste nicht eingetragen war oder dagegen, daß er eingetragen war. Wollte er nicht zur Kulturautonomie gehören, so konnte er seinen Namen streichen lassen. Er konnte aber auch eingetragen werden, wenn sein Name fehlte.

Nun kams zur Wahl. Und hier spielten nun zwei außerordentlich wichtige Verfügungen eine große Rolle, deren Berechtigung nicht abzustreiten ist. Jede Minorität muß erstens den Nachweis eines Organisationsbedürfnisses führen und zweitens den Nachweis der Befähigung dazu. Das Organisationsbedürfnis ist nach dem Gesetz durch Beteiligung der Hälfte erbracht, also bei etwa 13 000 mindestens 6500. Die Wahlbeteiligung erreicht etwa 70 Prozent, so daß damit die Forderung des Gesetzesparagraphen erfüllt war.

Im vorigen Jahre hat auch die jüdische Minorität mit 70 Prozent den Bedürfnisnachweis geführt. Die Schweden und Russen haben es bis heute nicht getan.

Der Nachweis der Organisationsbefähigung ist dadurch zu erbringen, daß nach der Zeit des ersten dreijährigen Autonomieparlaments wieder mindestens 50 Prozent der eingetragenen Wähler mitwählen. Falls sie es nicht tun so geht das Recht auf die Kulturautonomie auf drei Jahre verloren und erst nach drei Jahren dieser verunglückten Wahl könnte das Verfahren wiederholt werden.

Die Urwähler wählen das Parlament, den Kulturrat. Die Zahl der Glieder des Kulturrates ist von der Staatsregierung festgesetzt und beträgt 41. Es gibt also 41 Abgeordnete des estnischen Deutschtums, die alle ehrenamtlich arbeiten, so daß also die Verwirklichung der Kulturautonomie fast gar nichts kostet und bei der ersten Sitzung des Kulturrates hat er einstimmig beschlossen, die kulturelle Selbstverwaltung einzuführen. Nun wählte der Kulturrat von sich aus eine Selbstregierung. Sie besteht aus 5 Mitgliedern, dem Präses und vier Mitgliedern als ausführendes Organ. Der Sekretär leistet die eigentliche Arbeit. Die Institution gliedert sich entsprechend dem Ministerium in fünf Sektionen oder Aemter. Jedem Amt ist eine besondere Aufgabe überwiesen. Die Aemter heißen: Kataster-, Finanz-, Schul-, Kulturamt, Amt für Jugend und Sport.

Das Schulamt besteht aus drei Gliedern; dem Kultusminister, dem Schulrat und dem Sekretär. Jede große Stadt und jeder Landkreis haben wieder ein eigenes Schulamt. Diesem Schulamte untersteht die sechsjährige Grundschule, die oft auch für die Mittelschule vorbereitet. Die höheren Schulen unterstehen dem Kultusministerium, aber nicht direkt. Auch das deutsche Schulamt ist einerseits Aufsichtsbehörde, andererseits eine Vermittlungsinstanz. Die Deutschen können Lehrer anstellen nach eigenem Ermessen, in höheren Schulen sind sie teilweise gebunden, insofern als das Ministerium den Lehrer für die höheren Schulen nicht zu bestätigen braucht. Ausländer dürfen nicht Lehrer an einer estnischen Schule sein. Das Schulamt hat am meisten gearbeitet. Es wurden viele Lehrer nach Deutschland zur Ausbildung geschickt, es wurden pädagogische Wochen gehalten, Lehrpläne ausgearbeitet für die deutschen höheren Schulen usw. Schwer ist es, einen gemeinschaftlichen Schultypus zu finden. Trotz der großen finanziellen Belastung war es noch immer möglich, alle diese Schulen zu erhalten.

Die einzige größere Körperschaft, die außer der Kulturautonomie weiter bestehen wird, das deutsche Kirchenwesen ist anders organisiert. Die Kirche in Estland ist lutherisch. Sie genießt die größten Freiheiten, so daß ein Bedürfnis nach einer Autonomie nicht vorhanden ist.

So ist also Estland vorbildlich geworden in der Lösung der Minderheitenfrage. Wir sind davon in unserem Staate noch weit entfernt und werden es bleiben, solange Leute vom Schlage Jan Suchowiaks etwas zu sagen haben und ihre Auslassungen gegen die Kulturautonomie vom Stapel lassen. Suchowiak schreibt unverständlicherweise in seinem Buche über die deutsche Schule:

„Im polnischen Sejm haben die deutschen Abgeordneten Estland als Vorbild angeführt, wo die Deutschen solche Autonomie bekommen haben sollen. **Dieses kleine,** seit Jahrhunderten von deutschen Baronen regierte **Land,** konnte sich wahrscheinlich nicht zum **Widerstand gegen die erdrückende Deutsche Kultur zusammenraffen,** die bisher Estland eingeimpft wurde. Die Kulturautonomie oder Selbstverwaltung in Fragen des Kulturlebens bedeutet eine Isolierung und Ausscheidung der Minderheit, obgleich sie dieselbe Staatsangehörigkeit besitzt, wie die nationale Mehrheit. Die Minderheit darf aus sich keinen Fremdkörper im Staate machen, im Gegenteil, sie muß aktiv zu seinem Wohl und nur zu seinem Wohl beitragen. Durch die Kulturautonomie würde die Minderheit ausgeschieden werden und diese Ausscheidung könnte leicht zu Irredenta führen oder wenigstens als Irredenta aufgefaßt werden. Die Gewährung der Kulturautonomie irgendwelcher Minderheit in irgendwelchem Staate ist die Errichtung eines „Staates im Staate“. Der Mehrheitsstaat verzichtet dann auf eine Reihe seiner Staatsrechte, ohne in den allgemeinstaatlichen Pflichten entlastet zu werden, wodurch er sich schwächt“.

Leuten, die solchen Unsinn schreiben und glauben, ist nicht zu helfen. Aber auch bei uns wird die Kulturautonomie trotzdem schreiten. Im kommenden Parlament wird ihre Erlangung eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Fraktion sein.

Der Inhalt des deutsch-litauischen Schiedsgerichts-Vertrages

Berlin. Ueber den Ausgang der deutsch-litauischen Besprechungen ist folgendes amtliche Communiquee veröffentlicht worden:

Während der Anwesenheit des litauischen Ministerpräsidenten, Professor Woldemaras, in Berlin, ist zwischen ihm und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Anzahl Fragen besprochen worden, die die politische und wirtschaftliche Gesamtlage zwischen Deutschland und Litauen berühren. Die beiden Minister haben eine weitgehende Uebereinstimmung ihrer Ansichten feststellen können. Als Ergebnis dieser Besprechungen ist zunächst die Verständigung über einen allgemeinen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag zu erwähnen, der von den beiden Staatsmännern im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden ist. Durch den Vertrag, der in einer Einleitung auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hinweist, werden nach dem bekannten Muster alle Rechtsstreitigkeiten einem Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren, alle politischen Streitigkeiten einem Vergleichsverfahren unterworfen. Die Gelegenheit ist ferner benutzt worden, um einige Verträge technischen Charakters zum Abschluß zu bringen, nämlich einen Vertrag über die Regelung der deutsch-litauischen Grenzverhältnisse, ein Fischereiabkommen, ein wasserwirtschaftliches Abkommen und ein Militärrentenabkommen. Auf dem Gebiete der Handelsvertragsverhandlungen, die im Juli v. J. eingeleitet wurden, ist ein wesentlicher Fortschritt dadurch erzielt worden, daß die Richtlinien für die Weiterführung der Verhandlungen festgelegt und verschiedene Punkte grundsätzlich geklärt werden konnten.

Endlich haben Dr. Stresemann und Woldemaras sich bemüht, die Schwierigkeiten wegzuräumen, die zwischen den beiden Regierungen durch eine Reihe, das Memelgebiet betreffende Fragen entstanden waren. Auch diese Bemühungen sind von Erfolg gewesen, da es gelungen ist, über die strittigen Fragen ein Einverständnis zu erzielen. Die beiden Minister haben sich hierbei auch über die praktische Behandlung von Meinungsverschiedenheiten verständigt, die etwa in Zukunft in Angelegenheiten dieser Art entstehen könnten. Auch in Sachen der noch im Memelgebiet verbliebenen Optanten ist eine befriedigende Regelung getroffen worden. Schließlich hat die Frage der Niederlassung, des Aufenthalts und der Ausweisung der beiderseitigen Staatsangehörigen eine vorläufige befriedigende Lösung gefunden.

Belgien gegen Revision des Dawesplanes

Brüssel. In einer in Namur gehaltenen Rede über die Finanzlage erklärte Finanzminister Houtart, Belgien werde niemals zulassen, daß der Dawesplan angetastet werde. Der Minister fügte hinzu, daß die Alliierten großmütig gewesen seien, indem sie nicht nach Deutschland die Brandfackel getragen hätten, die von Deutschland nach Belgien hineingetragen worden sei. Deutschland müsse seine Schulden bezahlen. Dieser Standpunkt sei auch von der belgischen Regierung gegenüber Parker Gilberts während seines Brüsseler Aufenthaltes vertreten worden.

Herriot über die Begnadigung der kommunistischen Deputierten

Paris. Der radikalsozialistische Rhoneverband hielt Sonntag eine außerordentliche Sitzung zur Aufstellung der Kandidaten für die nächsten Wahlen ab. Einen breiten Raum in den Beratungen nahm die Parlamentsdebatte über die Verhaftung der kommunistischen Deputierten ein. Minister Herriot erklärte, daß noch vor den Wahlen die kommunistischen Deputierten begnadigt würden. Seine Anwesenheit in der Regierung sei ein Pfand für diese Maßnahme.

Wie das „Journal“ zu dieser Erklärung Herriots hinzufügt soll die Begnadigung noch vor Eröffnung der Wahlkampagne, also bis etwa 3 Wochen vor dem Wahltage stattfinden.

Mexikos Vorstoß gegen die Vereinigten Staaten

New York. Auf der panamerikanischen Konferenz wurde der mexikanische Vorschlag abgelehnt, der auf eine Aenderung der Satzungen der panamerikanischen Union zuungunsten der Vereinigten Staaten von Nordamerika hinzielte. Der Vorschlag, der vorsah, daß der Vertreter der Vereinigten Staaten nicht unbedingt Präsident der Union zu sein brauche, wurde nur von der mexikanischen Delegation unterstützt. Vor der Abstimmung hielt der frühere Staatssekretär Hughes eine Ansprache, in der er erklärte, daß es Amerikas Hauptwunsch sei, die besten Beziehungen unter sämtlichen amerikanischen Nationen herbeizuführen.

Die Krise im belgischen Kohlenbergbau

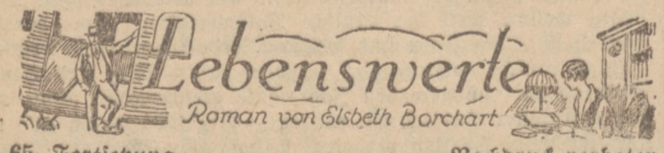
Brüssel. Zur Behebung der Krise im belgischen Kohlenbergbau hat die Regierung eine Herabsetzung der Abgaben des Kohlenbergbaues um 50 Prozent beschlossen. Die Steuern von den den Kohlenbergwerken gehörigen Immobilien sollen ebenfalls eine Herabsetzung erfahren.

Veränderung in der Mandatsverteilung für den Mecklenburg-Strehlitzer Landtag

Neustrehlitz. Wie der „Landeszeitung“ mitgeteilt wird, hat eine Nachprüfung der ersten vorläufigen Berechnung der Mandate für den neuen Mecklenburg-Strehlitzer Landtag zur Aufdeckung eines Irrtums geführt. Die Deutschnationalen erhalten nicht, wie zuerst mitgeteilt, neun Mandate, sondern nur acht. Dafür erhalten die Kommunisten statt zwei, drei Mandate.

Karl Bleibtreu gestorben

Berlin. Der Schriftsteller Karl Bleibtreu, der Sohn des Schlachtenmalers Georg Bleibtreu, ist Montag in Locarno im 69. Lebensjahre verschieden.



65. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sprich nicht so viel, Lieber — es strengt dich an,“ mahnte Hilde besorgt

„Nein, nein — laß mich nur — es schadet mir nichts mehr. — Ich dachte immer nur an das Leben, nie darüber hinaus. Was bleibt mir nun? — Von gestern auf heute ist mir das klar geworden. — Meine Flugmaschine, die jetzt zerschellt am Boden liegt, wird vielleicht ein anderer aufrichten — er wird Nutzen ziehen aus meinen Erfahrungen, meine Ideen vervollkommnen und er wird mehr Glück haben — so habe ich doch nicht umsonst gestrebt. Das ist mein Trost. Doch einen anderen Trost habe ich noch — einen besseren: Diese Maschine — was ist der Mensch anderes? — wird auch ein Höherer aufrichten und vervollkommnen — Wolf — Wolf — wir glaubten beide an die Entwicklung und Vervollkommnung des Menschen im Leben — aber dieses Leben ist doch viel zu kurz dazu — es kann doch so jäh nicht enden und alles Errungene zuschanden machen! — Sieh mich nur verwundert an, Hilde — in letzter Stunde ist mir erst gekommen was du längst erkannt hast. Du hast wohl den besseren Teil erwählt, denn die höchsten Lebenswerte erweisen sich als ein Nichts, wo Glaube und Liebe fehlen — ich sehe euch wieder —“

„Hans — lieber Hans Werner,“ schrie Hilde auf, als sie wahrnahm, wie seine Züge plötzlich erschlafften und sich mit Leichenblässe überzogen. Angstvoll beugte sie sich über ihn und berührte seine kalte, feuchte Stirn mit ihren Lippen.

„Mein Gott — er stirbt — Kurt — Wolf —“

Aufschluchzend sank sie vor dem Bett in die Knie. — Kurt und Wolf beugten sich über den Sterbenden, der nur noch leise röchelte. „Hans Werner,“ rief Kurt — aber er antwortete nicht mehr. Einen Augenblick legte es sich wie Erstarrung um die beiden Männer. Dann reichten sie sich die Hand, und Kurt eilte hinaus, um die Eltern zu benachrichtigen.

Da trat Wolf zu der am Boden knienden Hilde.

„Hilde — Ihr Glaube wird Sie trösten — aber — wir tragen gleichen Schmerz.“

Hilde antwortete nicht. Der Schmerz um den Verlust des Bruders übertäubte jedes andere Gefühl und jeden anderen Gedanken, und Wolf wagte nicht, ihn zu stören. Stumm und ergriffen stand er neben dem geliebten Mädchen an dem Sterbelager seines treuesten Freundes.

*

Das Begräbnis war vorüber. Im Erbbegräbnis neben seinen Vorfahren hatte man den jungen Freiherrn zur letzten Ruhe gebettet. Keiner von den Bekannten und Verwandten hatte gefehlt, als man ihm die letzte Ehre erwies. Der grausame Schicksalsschlag, der die Familie Schönau betroffen hatte, löschte alles aus, was vorher auch trennend zwischen ihnen gestanden hatte, und diejenigen, die dem Lebenden die Wege, die er gegangen war, nicht verzeihen konnten, verziehen sie dem Toten, ja mehr als das, wie ein Held stand er vor ihren Augen. Zu diesen gehörte auch der eigene Vater. Ein gebrochener, kummervoll gebeugter Mann, dem man die einstige Kraft und den einstigen Stolz nicht mehr ansah, stand er am Grabe des Sohnes.

Die einzige, die bei der Beisetzung fehlte, war Edith. Als Kurt ihr die Nachricht von Hans Werners Tode brachte, war sie leblos in seinen Armen zusammengebrochen, und als sie zum Bewußtsein kam, verlangte sie nach ihrem Vater. Da konnte Kurt ihr auch diesen Schlag nicht länger verschweigen. Einen Augenblick lähmte sie wohl der Schreck, aber dann richtete sie sich auf und ging festen Schrittes in ihr Zimmer. Dort erst brach sie zusammen, aber was durch ihre Seele ging, war mehr als die Trauer um die Dahingeschiedenen, das war Schmerz und Reue.

Zu einer Stunde, da sie hoffen konnte, ungestört zu sein, schlich sie sich hinunter in den Ahnensaal, wo man Hans Werner aufgebahrt hatte, und hier vor seinem Sarge auf den Knien liegend, tat sie unter heißen Tränen ein heiliges Gelübde. Darnach war sie ruhiger geworden.

Nach dem Begräbnis reiste Wolf Reinhardt wieder nach Berlin zurück. Im Kreise ihrer Familie hatte er von Hilde Abschied genommen und ihr dabei die Hand gedrückt. In keinem von beider Blicke lag ein Hoffnungsschimmer, noch das geringste Zeichen, der leiseste Wunsch. Die Trauer hielt sie umfangen.

Als Kurt, der den Freund des Bruders zur Bahn gebracht hatte, wieder ins Schloß und sein Zimmer zurückkehrte, fand er dort Edith zusammengekauert vor seinem Schreibtisch sitzen. Bei seinem Eintritt sprang sie auf, stürzte ihm entgegen und umklammerte seinen Arm:

„Kurt — vergib mir — verstoße mich nicht!“

Kurt legte den Arm um ihre Schultern und führte sie zum Sofa. „Komm, Edith,“ sagte er und strich sanft über ihr Haar, als sie an seiner Seite saß. Da erzählte sie ihm, von Schluchzen oft unterbrochen, wie sie Hans Werner geliebt, aber um ihres Vaters und ihren eigenen Ehrgeiz zu befriedigen, den Majoratserben ihm vorgezogen habe — wie sie Hans Werner damals im Walde aufgelauert und ihm ihre Liebe gestanden und wie er sie abgewiesen habe mit den Worten, „er wolle nicht der Schurke sein, an seinem eigenen Bruder zum Verräter zu werden, und er liebe sie auch nicht mehr“. — Darauf war dann sein, Kurts, Dazwischenkommen und die Schreckensszene gefolgt. Sie wäre vor Angst und Schrecken beinahe umgekommen und hätte sich die ganze Zeit bis zur Katastrophe darin verzehrt. Erst mit Hans Werners Tode wäre der Schleier, den sie so schön um ihre Seele gelegt hatte, zerrissen und hätte sie erkennen lassen, wie schlecht sie gewesen war, und was sie ihrem Gatten angetan hatte. Nun wolle sie ihre Schuld sühnen, ihn lieben und ihm ein treues Weib werden, wenn er Vertrauen und Geduld mit ihr haben wolle.

Kurt dachte an die Worte des Bruders: „Geh nicht so streng mit ihr ins Gericht suche sie zu dir zu ziehen mit Geduld.“ Da zog er sein Weib an sich und küßte es so heiß, wie in den ersten Tagen ihrer Ehe. So war ihm aus dem herben Verlust doch ein Gewinn erwachsen, und das träufelte milden Balsam auf das wunde Herz, das sich nun erst mit einem anderen verbunden fühlte und mit ihm um den teuren Verlorenen weinen konnte.

(Schluß folgt.)

Pleß und Umgebung

Militärpässe als Staatsangehörigkeitsausweise

Nach einer Entscheidung der Kreiswahlkommission in Kattowitz sind bei Beschwerden wegen Nichteintragung oder Streichung in der Wählerliste Militärpässe als gültige Ausweise für den Besitz der poln. Staatsangehörigkeit dann anzusehen, wenn aus dem Paß hervorgeht, daß der Inhaber gedient oder eine Uebung abgeleistet hat. Im übrigen werden nur die von den Starosteien ausgestellten Staatsangehörigkeitsausweise anerkannt, Verkehrskarten keinesfalls.

Mariä Lichtmeß. Am 2. Februar feiert die katholische Kirche das Fest „Mariä Lichtmeß“ oder Reinigung. Es entstand im 6. Jahrhundert und erinnert an die Darstellung Jesu im Tempel. Nach dem jüdischen Gesetz, mußte jede Wöchnerin am 40. Tage nach der Entbindung im Tempel erscheinen, um ihren Erstgeborenen dem Herrn aufzuopfern, um aber auch wieder für rein erklärt zu werden. Dieser Vorschrift kam Maria nach. Bei der Darstellung nannte der greise Simeon das Jesuskind „ein Licht zur Erleuchtung der Heiden“. Aus diesem Grunde werden an diesem Tage die Kerzen geweiht, die für den kirchlichen Gebrauch des Jahres bestimmt sind. Auch die Gläubigen lassen sich bei dieser Gelegenheit eine Anzahl Kerzen weihen, mit denen sie beim Offertorium der Messe zum Opfer gehen. Dieser Brauch gab Anlaß zu der Bezeichnung „Lichtmeß“. Die geweihten Kerzen finden in den Familien im Laufe des Jahres Verwendung, besonders bei Sterbefällen, bei Krankenbesuchen, bei Gewittern. Nach den vielen Bauernregeln soll der 2. Februar großen Einfluß auf das Wetter haben.

Februar. Der Februar ist der zweite Monat im Jahre. Er hat im Gemeinjahre 28 Tage, im Schaltjahre 29 Tage. Das Jahr 1928 ist ein Schaltjahr. Bei den Römern war der Februar bis zur Einführung des Julianischen Kalenders, der den 1. Januar zum Kalenderneujahrstage machte, der letzte Monat. Die Sonne steht in den ersten zwei Dritteln des Monats im Zeichen des Wassermanns, im letzten Drittel im Zeichen der Fische. Für den Februar gibt es eine Menge bekannter Bauernregeln, von denen wir hier einige folgen lassen:

Wenns der Februar gnädig macht,
Bringt der Lenz den Frost bei Nacht;
Rauher Nord im Februar
Meldet an ein fruchtbar Jahr;
Wenn er aber jetzt nicht will,
Bläst er sicher im April. —
Friert es im Februar nicht ein,
Wird's ein schlechtes Kornjahr sein. —
Ein nasser Februar,
Bringt ein fruchtbar Jahr. —
Ist der Februar sehr warm,
Friert man zu Ostern sich in den Darm. —

Schluß des Schulsemesters. In sämtlichen Schulen hat das 1. Semester, das vom 1. September 1927 bis Ende Januar 1928 dauerte, sein Ende erreicht. Montag, den 30. Januar, wurde der Unterricht geschlossen; die Schüler erhielten die Zeugnisse. Am 31. Januar und 1. Februar ist schulfrei, am 2. Februar ist Feiertag. Freitag, den 3. Februar, wird der Unterricht wieder aufgenommen. Es beginnt das 2. Semester.

Die nächste Nummer unseres Blattes erscheint wegen des Feiertages „Mariä Lichtmeß“ nicht am Donnerstag, sondern bereits am Mittwoch zur gewohnten Stunde.

Verkehrskarten abholen! Der Magistrat Pleß gibt bekannt, daß die Starostei ihm eine größere Anzahl neuer Verkehrskarten zugestellt hat. Diese sind im Rathause von den Interessenten persönlich abzuholen, da jeder den Empfang durch Unterschrift bestätigen muß. Dabei ist die alte Verkehrskarte abzugeben.

Evangelische Kirchengemeinde Pleß. Die für Mittwoch, den 1. Februar, angesetzt gewesene Missionsandacht fällt aus und findet erst eine Woche später, also Mittwoch, den 8. Februar, nachmittags 5 Uhr, statt.

Kirchenchor. In dieser Woche findet die Probe nicht Donnerstag, sondern Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 Uhr, statt. Es wird um vollzählige Beteiligung gebeten, weil neue Gesänge für das Familienfest am 19. Februar eingeübt werden müssen.

Neue Zeitung. In Pleß hat sich eine Gesellschaft gebildet, die ab 1. Februar eine neue Zeitung unter dem Titel „Głos Ziemi Pszczyńskiej“ herausgeben wird.

Bürgerverein. Sonntag, den 29. Januar, veranstaltete der Plesser Bürgerverein sein Wintervergnügen im Saale bei Rud. Bialas. Dasselbe war gut besucht und nahm einen netten und alle Besucher höchst befriedigenden Verlauf. Die Musik wurde von der Siemianowitzer Bergkapelle gestellt. Dem Tanze wurde in ausgiebiger Weise gehuldigt. Die Tanzpausen brachten allerlei Ueberraschungen, z. B. heitere Vorträge der 3 Bernardis, die beifällige Aufnahme fanden.

Schützengilde Pleß. Donnerstag, den 2. Februar, veranstaltet die Plesser Gilde nachmittags von 2 Uhr ab ein Festschießen anläßlich des Geburtstages des Prinzen von Pleß.

Katholischer Gesellenverein Pleß. Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, findet die Monatsversammlung statt, und zwar diesmal bei Rud. Bialas.

Verein junger Kaufleute. Der Verein begeht sein Faschingsfest Mittwoch, den 1. Februar, abends von 8 Uhr ab, im „Plesser Hof“ in Form eines Maskenballes.

Privatbau. Rechtsanwald Dr. Lerch hat den südlichen Teil des Gartens bei dem städtischen Gebäude, in dem das Finanzamt untergebracht ist, als Baufläche käuflich erworben und wird dort ein Wohnhaus für sich erbauen. Das Baumaterial wird bereits angefahren.

Aus dem Gerichtssaal. Es ist noch in aller Erinnerung, daß am 29. Mai v. J. mehrere Aufständische in Bad Goczalkowitz schwere Ausschreitungen begingen. Sie wurden wegen Ueberfalls, Waffenmißbrauchs und Widerstand gegen die Staatsgewalt unter Anklage gestellt. Die damaligen Vorgänge gaben dem Schlesischen Seim Veranlassung, einer Siebenerkommission die Untersuchung des Falles an Ort und Stelle zu übertragen und dem Plenum des Schlesischen Sejm zu berichten. Aber an dem Tage, an dem die Kommission das Resultat der Untersuchung dem Plenum vortragen sollte, wurde die Sitzungsperiode des Sejm geschlossen. Auch später erfolgte nicht mehr eine Aussprache über die Goczalkowitzer Vorgänge. Am 25. Januar fand vor dem Plesser Gericht die Verhandlung gegen die Angeklagten unter großem Andrange des Publikums statt. Sämtliche Angeklagte wurden freigesprochen.

Nikolai. Das Finanzamt Pleß hat die neuen Gewerbepatente, die bei der Nikolaier Stadthauptkasse von den Antragstellern bezahlt worden sind, dem Magistrat zugestellt. Dort sind dieselben alsbald abzuholen. — Im Zimmer 12 des Magistratsgebäudes liegt die Militärstammrolle des Jahrganges 1907 aus. Die Interessenten mögen dieselbe einsehen und evtl. Richtigstellungen beantragen.

Der neue Urteilsspruch in der Spionage-Affäre Richter

Zuerst 5 Jahre Zuchthaus, nunmehr 3 Jahre Gefängnis — Das tragische Geschick einer Familie

In dem Wiederaufnahmeverfahren, welches infolge Revisionsantrag des wegen Spionage angeklagten und zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilten früheren Eisenbahnbeamten Franz Richter nach Aufhebung dieses Urteils erneut eingeleitet wurde und eine dreitägige Verhandlungsdauer hatte, ist am Sonnabend, gegen 6 Uhr abends der neue Urteilsspruch erfolgt. Der Angeklagte wurde nach wie vor wegen Spionage zugrunsten Deutschlands für schuldig befunden und unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde damit begründet, daß Richter mit dem deutschen Geheimdienst in enger Fühlungnahme gestanden und wichtige Aufschlüsse über den polnischen Geheimdienst, sowie militärische Geheimnisse erteilt hat. Die Verhandlung soll ergeben haben, daß der Angeklagte Richter noch im Jahre 1923 im engen Kontakt mit den deutschen Behörden gestanden hat, obgleich er in dieser Zeit im polnischen Polizeidienst und zwar in Ruda tätig gewesen ist.

Bemerkenswert ist, daß der Beklagte Franz Richter nicht gewillt ist, auch dieses Urteil anzunehmen, vielmehr beabsichtigt, einen erneuten Antrag auf ein nochmaliges Revisionsverfahren einzureichen.

Die Spionageaffäre Richter rollt ein tragisches Familiengeschick auf. Soweit zu erfahren war, sind die Eltern der Geschwister Ewald und Irene Richter gegen welche, wie noch erinnerlich sein dürfte, im März v. Js. gleichfalls wegen Spionage verhandelt wurde, in der Kolonie Collonowska ansässig und gut situiert gewesen. Nach Uebersiedelung auf polnisches Gebiet versuchte der Vater der Geschwister Richter nach Verkauf seines Besitztums den größeren Teil seines Vermögens zu retten, doch verschlechterte sich die pekuniäre Lage der Familie zusehends, so daß letztere in größte Notlage geriet. Die finanziellen Schwierigkeiten und die veränderten Verhältnisse, brachten die Familienmitglieder vollkommen aus dem Gleichgewicht. Ein Bruder der Geschwister, Erwin Richter wurde zuerst in eine Spionageaffäre verwickelt, erhielt zwei Jahre Festung und soll sich nunmehr nach Abbüßung der Freiheitsstrafe angeblich wieder in Deutschland befinden. Einige Zeit darauf wurde der Verdacht der Spionage auch gegen Ewald, ferner die damals etwa 17 jährige Irene Richter und angeblich auch gegen die Mutter der Angeklagten, erhoben. Frau Richter soll nach Deutschland geflohen sein. Das arge Mißgeschick, welches über die Familie plötzlich einbrach, hatte zur Folge, daß der Vater, welcher sich überdies über den Verlust seiner Gelder bezw. Ersparnisse nicht hinwegsetzen konnte, Selbstmord beging.

Franz Richter, welcher ebenfalls aus Collonowska nach Polen übersiedelte, war mit der Familie der Geschwister Richter bekannt, sowie den Söhnen befreundet, jedoch trotz der Namensgleichheit angeblich nicht näher verwandt ist. Die Brüder Erwin und Ewald Richter, sowie ihr Freund Franz Richter waren einige Zeit hindurch im polnischen Polizeidienst tätig, später bekamen Erwin Richter, sowie Franz Richter eine Anstellung bei der Eisenbahn. Auf eine eigenartige Weise wurden die Geschwister Irene und Ewald Richter in die Spionageaffäre verwickelt. Wie es heißt, soll Irene R., während ihres Aufenthalts bei einer Familie in Gleiwitz einen deutschen Polizeirat kennen gelernt und diesem ein eingehendes Bild über den Verlauf des Prozesses gegen ihren s. Zt. zu 2 Jahren Festung verurteilten Bruder Erwin gegeben haben. Man versuchte angeblich einen Beamten des polnischen Geheimdienstes, welcher in dem fraglichen Prozeß als Belastungszeuge auftrat, über die Grenze zu locken, um dessen Verhaftung herbeizuführen. Der Bruder Ewald machte sich der Mithilfe schuldig und soll darüber informiert gewesen sein, daß seine jugendliche Schwester Irene Verbindungen mit dem betreffenden deutschen Polizeirat hatte. Bei der Urteilsfestsetzung wurde damals das jugendliche Alter und die bisherige Unbescholtenheit der Geschwister mit in Erwägung gezogen und Irene Richter zu acht Monaten, ihr Bruder Ewald dagegen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte für Irene Richter 4 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust, für Ewald Richter 3 Jahre Zuchthaus beantragt. Inzwischen haben die Geschwister Richter ihre Strafen abgebüßt und sollen sich nach den polizeilichen Feststellungen gleichfalls in Deutschland befinden. Die schwerste Strafe, welche inzwischen aufgehoben wurde, erhielt bei dem ersten Prozeß Franz Richter und zwar wie schon erwähnt, 5 Jahre Zuchthaus, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Zeitdauer von 10 Jahren.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Deutsche Spitzenkandidaten für Sejm und Senat

Wie man uns mitteilt, hat sich die Deutsche Wahlgemeinschaft auf nachstehende Spitzenkandidaten in den drei schlesischen Wahlkreisen geinigt:

Wahlkreis 38 Königshütte-Schwientochlowitz-Tarnowitz:

Jankowski Bernhard, Gewerkschaftssekretär in Kattowitz,
Nowak Hugo, Obermeister in Tarnowitz.

Wahlkreis 39 Kattowitz:

Rosumek Johannes, Ingenieur in Siemianowitz,
Krajczyrski Otto, Studienrat in Kattowitz.

Wahlkreis 40 Rybnik-Pleß-Teschen-Bielitz:

Franz Eugen, Revisor a. D. in Kattowitz,
Piesch Robert, Seminardirektor, Bielitz.

Als Spitzenkandidaten für den Wahlkreis Schlesien für den Senat wurden aufgestellt:

Dr. Eduard Pant, Professor, Königshütte.
Vizebürgermeister Arthur Gabrisch, Schornsteinfegermeister, Teschen.

Klage beim Obersten Gerichtshof in Warschau

müssen die Wahlberechtigten erheben, deren Beschwerde von den Kreiswahlkommissionen abgewiesen worden ist. Die Klage muß nach Art. 41 des Wahlgesetzes binnen 48 Stunden nach Zustellung der abweisenden Entscheidung von dem Betroffenen selbst und unmittelbar beim Obersten Gerichtshof angebracht werden.

Der Haushaltsvoranschlag der Wojewodschaft für 1928/1929

Der Entwurf des Haushaltsvoranschlages der Schlesischen Wojewodschaft für das Jahr 1928/29 liegt dem Wojewodschaftsrate zur Bestätigung vor. Der Voranschlag schließt in den Einnahmen und Ausgaben mit 83 Millionen Zloty ab. Ausgaben und Einnahmen sind ausgeglichen. Für das Schulwesen sind vorgesehen 34 Millionen Zloty, für Wohlfahrtsanstalten und soziale Fürsorge 11 Millionen Zloty, für öffentliche Arbeiten 6 Millionen Zloty, für den Bau eines Schlosses für den Staatspräsidenten in Weichsel im Teschener Schlesien 500 000 Zloty. Bereits in der nächsten Woche, spätestens aber Anfang Februar, wird der bestätigte Voranschlag vom Wojewoden dem Sejm zur Annahme vorgelegt werden.

Kriegsinvaliden erhalten ermäßigte Bahnfahrt

In den Genuß verbilligter Fahrkarten bei Fahrten auf Staatsbahnen können alle Personen kommen, welche im Kriege verwundet worden oder sonstwie zu Schaden gekommen sind und sich in der Obhut der staatlichen Invalidenämter oder eines amtlich anerkannten Kriegsinvalidenverbandes befinden. Beim Kauf der Fahrkarte muß eine Bescheinigung vorgezeigt werden, welche durch oben genannte Organe auf den Namen des Inhabers ausgestellt sein soll. Außer dieser Bescheinigung wird weiterhin die Vorweisung eines Invalidenbüchleins verlangt, das durch die zuständige P. K. U. (Bezirkskommando) ausgestellt ist und mit der Photographie des Inhabers versehen sein muß. Sämtliche Kriegsinvaliden, die von der verbilligten Eisenbahnfahrt Gebrauch machen wollen, mögen unverzüglich ein Lichtbild (Größe 4 mal 5 Zentimeter, ohne Kopfbedeckung) anfertigen lassen und dasselbe dem zuständigen Gemeindevorstand (Magistrat) abgeben, von wo es dem zuständigen Bezirkskommando übersandt wird. Von hier aus wird dann das Weitere veranlaßt.

Die schlesische Geschäftswelt gegen die Steuerhärten

Mit der Patentsteuer kann sich die schlesische Geschäftswelt nicht abfinden. Sie mag wohl im Osten, in dem früheren Rußland, am Platze gewesen sein, um so mehr, als die russischen Handelsmänner keine andere Steuer als die Patentsteuer kannten, doch paßt sie in unsere Verhältnisse ganz und gar nicht. Die Patentsteuer hindert den Erwerb, weil sie im Voraus gezahlt werden muß. Der Geschäftslustige muß die Patentsteuer bezahlen, bevor er noch an das Unternehmen so richtig herangeht und ohne die Gewißheit zu haben, daß das Unternehmen gelingen wird. Es ist doch keine Seltenheit, daß die Patentsteuer für das ganze Jahr bezahlt und das Geschäft nur einen ganzen Monat geführt wurde. Das trifft hauptsächlich bei den Kleingewerbetreibenden zu, die eine Werkstelle eröffnen und nach der Erschöpfung ihrer Barschaft, was nicht selten innerhalb eines Monates geschehen ist, den Kram einpacken und sich wiederum auf die Schusterrappen setzen. Es ist wohl hart, von diesen armen Menschen die Steuer im Voraus für das ganze Jahr zu verlangen und den Großgrundbesitzer, der doch ein großes Unternehmen und einen schwungvollen Handel treibt, von der Patentsteuer ganz freizusprechen. Die Patentsteuer lähmt den Unternehmungsgeist und erschwert das Fortkommen der Kleingewerbetreibenden. Auch erscheint es nicht angebracht zu sein, daß diese Steuer das ganze Jahr im Voraus gezahlt werden muß.

Die Arbeitslosigkeit steigt

Im Bereich der Wojewodschaft Schlesien betrug der Zugang von Erwerbslosen nach amtlicher Bekanntgabe in der Woche vom 18. bis 25. Januar cr. insgesamt 414 Personen. Es erhöhte sich die Gesamt-Arbeitslosenziffer auf 46 410 Beschäftigungslose. Registriert worden sind: 15 111 Grubenarbeiter, 2745 Eisenhüttenarbeiter, 124 Glashüttenarbeiter, 2265 Metallarbeiter, 317 Beschäftigungslose aus der Tuchbranche, 656 aus der Holz-, Papier- und chemischen Branche, 2981 Bauarbeiter, 143 Erwerbslose aus der Keramik, 1435 qualifizierte Arbeiter, 17 727 nichtqualifizierte Arbeiter, 325 landwirtschaftliche Arbeiter, sowie 2369 Kopfarbeiter. Als Unterstützungsempfänger kamen 27 291 Personen in Frage.

Neues amtliches Telephonverzeichnis

Die Post- und Telegraphendirektion in Kattowitz bearbeitet ein neues Telephonverzeichnis für Ostoberschlesien, Teschen-Schlesien und die Städte Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg nach dem Stande vom 1. Januar 1928. Das amtliche Verzeichnis wird sämtlichen Teilnehmern auf dienstlichem Wege zugestellt werden.

Kattowitz und Umgebung.

Bekämpfung der Baumschädlinge. Unter Hinweis auf die Verordnung der Wojewodschaftspolizei vom 22. Juli 1924 — Dz. Ust. Sl. Nr. 19—20, Poz. 80 — fordert die städtische Polizei in Kattowitz alle Obstgartenbesitzer und Obstbaumzüchter zur Bekämpfung der Blutlaus (Wollaus), welche sich speziell auf Apfelbäumen einnistet, auf. Jedwede Ueberschreitungen durch Nichtbefolgung der polizeilichen Anordnung werden bestraft. Informationen zwecks entsprechender Anleitung bei Bekämpfung der Blutlaus können bei der städtischen Gartenverwaltung auf der ulica Bankowa 7 (Telephonnummer 1533) eingeholt werden.

Bestandene Meister- und Gesellenprüfungen. In den Räumen der Handwerkskammer bestanden unter Vorsitz des Gewerbeinspektors Dobrzycki die Kandidaten Rudolf Jutka aus Kattowitz und Franz Rapat aus Rosdzin die Meisterprüfung im

Börsenkurse vom 31. 1. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8 91¾ zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	46.993 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	212.75 zł
	1 Dollar		=	8.91¾ zł
	100 zł		=	46.993 Rmk.

Schneiderhandwerk. — Die Gesellenprüfung im Bäckergewerbe legten nachstehende Prüflinge ab: Georg Ciupka, Gustav Zuziok, Roman Steier, Georg Obierany, Paul Sokol aus Kattowitz, Franz Meisel aus Bogutschütz, Ignaz Piesеur, Erich Smyczek aus Siemianowitz, Oswald Czech, Georg Cieluch, Michalkowitz, Bernhard Grzesiczek, Bielschowitz, Gottfried Widera, Heinrich Lepiosch, Zalenze, Georg Pilarz, Hohenlohehütte, Walter Zajonc und Josef Kureik aus Bogutschütz. Den Vorsitz führte bei diesen Prüfungen Bäckermeister Sadlowski.

Wer ist der Eigentümer? Beim städtischen Fundbüro in Kattowitz, Mühlstraße 4, Zimmer 7, ist ein größerer Geldbetrag, sowie eine braune Aktentasche mit Inhalt abzuholen.

Volkstanzkurs. Der Deutsche Kulturbund veranstaltet in der Zeit vom 6. bis 11. Februar 1928 eine Volkstanzwoche. Leiter derselben ist Herr Burckhardt, Lehrer der Hochschule für Leibesübungen, Berlin, sowie dessen Partnerin Frl. Wendt. Der Kurs findet in den Abendstunden statt. Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben. Die Meldung hat unter Angabe von Vor- und Zuname, Beruf und Wohnort bis 4. Februar 1928 in der Geschäftsstelle des Deutschen Kulturbundes, Katowice, Starowiejska 9, zu erfolgen. Der Unkostenbeitrag beträgt 5 Zloty.

Die überraschten Schwarzhörer. Die hiesige Polizei hat eine ganze Anzahl von Radioliebhabern festgestellt, die vergessen haben, ihre Apparate bei der Post anzumelden. Sämtliche Schwarzhörer sind bei Gericht angezeigt worden, wo ihnen eine Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten oder eine Geldstafe bis zu 5000 Zloty droht.

Vom Schlachtfelde der Arbeit. In der Zawodzier chemischen Fabrik verunglückte der 48 Jahre alte Arbeiter Felix Ulfer tödlich. Der Bedauernswerte war mit dem Zerschlagen einer zähen chemischen Masse beschäftigt. Bei dieser Gelegenheit schlug ihm ein Stück dieser Masse derart auf den Kopf, daß bald der Tod eintrat.

In das landwirtschaftliche Magazin auf der ul. Moniuszki, dem Kaufmann Hermann Schaul aus Beuthen gehörig, wurde gestern ein Einbruch verübt und aus ihm Waren im Werte von 458 Zloty entwendet.

Lebensmüde. Der Eisenbahner Theodor H. aus Zawodzie versuchte seinem Leben ein Ende zu bereiten, indem er am vergangenen Sonntag sich innerhalb der Herzgegend mehrere Stiche mit einem Messer versetzte, die jedoch nicht tödlich waren. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er in das Brüderkrankenhaus in Bogutschütz geschafft.

Die städtische Wasserversorgung. In Groß-Kattowitz sind im Monat Januar insgesamt 153 700 Kubikmeter Wasser verbraucht worden. Diese Wassermenge wurde von dem Wasserwerk in Bittkow angeliefert. Der Ortsteil Brynow wurde durch die Oheimgrube in Wujek mit weiteren 9770 Kubikmetern Wasser beliefert. Der Wasserverbrauch hat sich im Vergleich zum Vormonat vermindert.

Vom Arbeitsmarkt. Ein Zugang von 159, sowie ein Abgang von 185 Erwerbslosen war in der Woche vom 19. bis 25. Januar im Landkreis Kattowitz zu verzeichnen. Eine Beschäftigung wurde 123 Arbeitslosen zugewiesen, während 62 Erwerbslose aus verschiedenen Gründen aus der Evidenz gestrichen werden mußten. Die Gesamtarbeitslosenziffer betrug am Wochenende insgesamt 10 528 Personen. Eine Erwerbslosenunterstützung ist 6868 Personen gewährt worden.

Bestrafte Hühnerdiebin. Die ledige Stanislawa Nocon aus Sosnowice verübte in Bogutschütz vor längerer Zeit einen Hühnerdiebstahl und wurde dabei ertappt. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine „Berufsdiebin" handelte, welche wegen ähnlichen Delikten bereits mehrfach vorbestraft gewesen ist. Das Kreisgericht in Kattowitz verurteilte die Nocon zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Das haben die Schmalzpreise gemacht

Sofort nach der Erleichterung der Schmalzeinfuhr nach Polen, was Ende vorigen Jahres erfolgte, trat ein gewaltiger Preissturz bei dem amerikanischen und holländischen Schmalz ein, und sofort zeigten sich größere Schmalzquantitäten auf dem Markte. Schmalz war im Inlande vorhanden, doch wurde dieses für Spekulationszwecke versteckt, weil die Schmalzsperre oder die Reglementation der Schmalzspekulation, Tür und Tor öffnete. Wir heben hier noch einmal hervor, daß die Lockerung dieser Reglementation zur Folge hatte, daß die Schmalzpreise von 2,0 auf 1,60 Zloty oder um 37 Prozent zurückgegangen sind. Die Regierung hat also in der Hand die Möglichkeit, uns billige Lebensmittel zu verschaffen wenn sie das nur will. Sie hat durch die Grenzsperre, durch die Zölle und die Konsumsteuer alle Lebensmittel und Bedarfsartikel ungemein verteuert. Selbst eine kleine Lockerung in der Schmalzeinfuhr hat bewirkt, daß die Preise auf viele andere Artikel ebenfalls zurückgegangen sind.

In erster Reihe sind alle Fette, insbesondere die Margarine- und die Butterpreise erheblich zurückgegangen. Im Herbst v. Js., wo die Butterpreise am niedrigsten gewesen sind, wurde für 1 Pfund Molkereibutter bereits 4,50 Zloty verlangt, heute bekommt man die beste Molkereibutter für 3,50 Zloty das Pfund. Dabei soll man nicht vergessen, daß in der Zeit vor dem Kälbern die Molkereiprodukte gewöhnlich am teuersten sind. Als der Sturz für die Schmalzsteuer eingetreten ist, ließen die Konsumenten die teure Butter und die Margarine stehen und griffen nach dem amerikanischen Schmalz. Das war nicht nur in Oberschlesien, sondern in allen polnischen Städten und Industriegegenden der Fall. Die Butterhändler konnten ihre Butter nicht absetzen und reduzieren die Preise.

Bei der Butter bleibt es nicht stehen. Die Butter wird aus der Milch gewonnen. Sobald also die Butterpreise fallen, können unmöglich die Milchpreise auf derselben Höhe stehen bleiben. Die Folge war also, daß auch die Milchpreise zurückgingen.

Das Sinken der Fettpreise hat bewirkt, daß die Konsumenten weniger Fleisch konsumieren. Daher sind auch die Fleisch- und Wurstwaren ein klein wenig im Preise gefallen. Gewiß ist der Preisrückgang sehr minimal aber immerhin zu verzeichnen. Und dieser Preisrückgang könnte allgemein sein, wenn die Regierung es wollte, wenn sie endlich mit dem ganzen Reglementationskram auf die Lebensmittel aufräumen wollte. Die Reglementation ist ein Ueberbleibsel von der Grabski-Regierung und ihr Vater Kiedron, sitzt heute in Kattowitz und spielt den Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte. Sie umfaßt alle Kolonialartikel wie Reis, Heringe, Kaffee, Tee, usw. Ein billiger Reis würde zur Folge haben, daß die Graupenpreise und die Preise für Hülsenfrüchte sofort fallen würden. Auf dem Weltmarkt gehen alle diese Preise zurück, nur bei uns in Polen nicht, im Gegenteil, sie steigen. Die Regierung weiß das sehr gut und hat das erst unlängst durch Notierung der Preise für die reglementierten Artikel selbst festgestellt, nur will sie daraus die Konsequenzen nicht ziehen.

Königshütte und Umgebung.

Die kommende Großstadt Königshütte mit 110 000 Einwohnern. Infolge der ständigen Zunahme der Einwohnerzahl der Stadt Königshütte (zur Zeit zählt Königshütte 87 000 Einwohner) ist eine derartige Bevölkerungsdichte eingetreten, daß gegenwärtig auf einen Hektar bewohnte Fläche durchschnittlich 140 Personen entfallen, so daß sich die städtischen Körperschaften gezwungen sehen, Schritte zu unternehmen, um die Vereinigung mit einigen unmittelbar an die Stadt grenzenden Ortschaften zu erreichen und dadurch eine größere Ausdehnungsmöglichkeit zu erhalten. Aus diesem Grunde werden sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung an die Wojewodschaft und den Schlesischen Sejm mit einer Denkschrift wenden.

Schwientochlowitz und Umgebung.

Freitod. Ein gewisser Richard Blaszczok aus Bismarckhütte hat seinem Leben durch Erhängen an einem Baume im Kochlowitzer Walde ein Ende gemacht. Die Leiche wurde von einem Einwohner aus Kochlowitz gefunden. Die Ursachen des Selbstmordes sind bisher noch nicht bekannt.

Tarnowitz und Umgebung.

Tot aufgefunden wurde am Wärterhäuschen der Eisenbahnstrecke nach Georgenberg, hinter dem Posten 19, der 23 Jahre alte Kuhna aus Sowitz. Der Leichnam trägt eine Schußwunde am Kopfe. Die Waffe, ein Browning, lag neben dem Toten, so daß Selbstmord angenommen werden kann.

Raubüberfall. In der Zeit von 14—15 Uhr erschien am vergangenen Sonnabend in den Büroräumen der Holzhandlung Fuchs ein ehemals dort beschäftigter Arbeiter und ersuchte um eine Bescheinigung über seine frühere Beschäftigung. Während die Kontoristin sich anschickte, den Ausweis zu schreiben, versetzte ihr der Arbeiter mit einem Hammer mehrere Schläge auf den Kopf. Bewußtlos und blutüberströmt fiel die Ueberfallene unter den Tisch. Der Räuber räumte indessen die auf dem Tisch zurecht gemachten Lohnbeutel zusammen und verschwand mit einem Betrage von über 700 Zloty. Später eintretende Leute brachten die Schwerverletzte wieder zum Bewußtsein und schafften sie ins städtische Krankenhaus, wo sie zur Zeit noch hoffnungslos darniederliegt. Im lichten Augenblick gab sie den Arbeiter Muschik als Täter an. Die Polizei hat den Verbrecher bereits verhaftet.

Mikultschütz. Der Grubentagearbeiter Johann Tamm ist infolge der Eisglätte auf der Straße so unglücklich gestürzt, daß er einen Oberarmbruch erlitt und in das Knappschaftslazarett eingeliefert werden mußte. — Auf dem Grubenhofe der Abwehrgrube ist eine mächtige Kohlenhalde in Brand geraten, diesen gewaltigen Kohlenberge, dessen entfachtes Feuer manchmal so stark ist, daß die Halde lichterloh brannt, entsteigen unablässig in großen Mengen Kohlenoxydgase, die für den Umgegend, namentlich die näher wohnende Bevölkerung zur unerträglichen Plage und eine besondere Gefahr für deren Gesundheit ist, denn die fortgesetzt entströmenden Gase dringen nach der Windrichtung in die Wohnungen und Gehöfte der Bewohner ein; besonders arg ist es beim Nordostwinde, da dann die Giftgase in die tiefer gelegene Ortsteile niedergehen und Menschen und Tieren den Atem rauben.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht. Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage Wetterbericht. Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten 15.30 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 1. Februar. 15,45—16,15: Stunde mit Büchern. 16,15—17,45: Unterhaltungskonzert. 17,45—18.15: Abt. Welt und Wanderung. 18,15: Mitteilungen des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands e. V., Bezirksgruppe Breslau. 18,30: Uebertragung von der deutschen Welle Berlin: Hans-Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. 18,55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. 19.00—19,30: Abt. Naturwissenschaft. 19.30—20,00: Hans-Bredow-Schule. Abt. Geschichte. 20,15: Karneval in Wien. Anschließend: Die Abendberichte.

Kattowitz — Welle 422

Mittwoch. 16.40: Uebertragung aus Krakau. 17.05: Berichte: 17,20: Vortrag. 18,55: Berichte. 19,35: Uebertragung aus Krakau. 22.00: Berichte.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.

Am Sonntag, den 29. Januar verschied nach schwerer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante, Groß- und Urgroßtante, Fräulein

Hedwig Willner

im 72. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Karl Brückner und Frau Else, geb. Willner, Rożdzień.

Beerdigung am Mittwoch, den 1. Februar, nachm. 3 Uhr vom Kloster aus.